



Gruppe Grüne – KA - Lahrman
im Gemeinderat

Gruppensprecher
Eduard Hüers
Hosüner Sand 2
26197 Huntlosen
Tel: 04487-580
Mobil: 0160-96206011
info@eduard-huesers.de

4.3.2023

Pressemitteilung

mit der Bitte um Berichterstattung

Gruppe möchte mehr 30 km/h in den Ortsdurchfahrten ermöglichen

Die Gruppe Grüne-KA-Lahrman beantragt, dass die Gemeinde Großenkneten sich der Initiative "Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angemessene Geschwindigkeiten" anschließt. „Durch den Beitritt der im Juli 2021 gegründeten Initiative senden wir ein Signal an unseren Verkehrsminister Dr. Volker Wissing, die Straßenverkehrsordnung endlich zu ändern“, so Antragsteller Friedjof Ohms, Mitglied im Infrastrukturausschuss. „Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich bei Ortsterminen für eine Temporeduzierung in Ortsdurchfahrten ausgesprochen und uns als Lokalpolitiker aufgefordert, das umzusetzen“, so der Gruppensprecher Eduard Hüers. „Dass für Kreis- und Landesstraßen in unserer Gemeinde aber die Straßenverkehrsordnung des Bundes gilt, stößt auf viel Unverständnis“. Dringenden Handlungsbedarf in der Gemeinde Großenkneten gibt es nach Auffassung der Gruppe vor der Sager Grundschule und beim Huntloser Friedhof. „Am Friedhof ist der Parkplatz auf der anderen Straßenseite und die Friedhofsbesucher, besonders ältere Menschen, schaffen es oftmals kaum über die Straße zu kommen, wenn die Autos, LKW, große Schlepper mit 50 km/h und mehr angeschossen kommen. Hier ist zwingend der 30 km/h Bereich von der Grundschule bis zum Kreisel auszuweiten“ so Eduard Hüers. Das wurde auch im letzten Jahr bei einem Ortstermin mit dem Landrat Christian Pundt und dem Huntloser Bürgerverein sichtbar. Der Landrat wies seinerzeit nochmal explizit auf die Zuständigkeit des Bundes hin und verdeutlichte seine Machtlosigkeit bzw. die der Straßenbehörde des Landkreises.

Dabei hat der Bundestag schon 2020 beschlossen, den Kommunen und Städten mehr Einfluss auf die Geschwindigkeitsreduzierungen zu geben. Doch die notwendige Änderung der Straßenverkehrsordnung ist immer noch nicht vom zuständigen Verkehrsminister, Dr. Volker Wissing, umgesetzt worden. „Hier wollen wir den Druck durch den Beitritt zur Initiative erhöhen. Die Entscheidung, auf welchen Straßenabschnitten wir innerorts - nach Abwägung - die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h begrenzen, sollte dem Gemeinderat ermöglicht werden“, so Eduard Hüers abschließend in der Pressemitteilung.

Hintergrund der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“:

Bereits 517 Städte und Gemeinden (Stand 04.03.23) mit sehr unterschiedlichen politischen Mehrheiten engagieren sich bundesweit im Bündnis "Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten" (<https://www.lebenswerte-staedte.de/>) für mehr Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei der Anordnung von Tempolimits. Auch der Deutsche Städtetag unterstützt diese Initiative.

Bereits am 17.01.2020 hat der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit der damaligen Koalitionsfraktionen von CDU und SPD in seiner Entschließung „Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr“ einen eindeutigen Auftrag an die Bundesregierung formuliert: Den Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, von der innerörtlichen Regelhöchstgeschwindigkeit von 50 km/h nach eigenem Ermessen auch auf Hauptverkehrsstraßen abzuweichen. Das für die Änderung der Straßenverkehrsordnung zuständige Bundesverkehrsministerium hat diesen eindeutigen Auftrag des Deutschen Bundestages bis heute nicht umgesetzt.

Für die Gruppe
Eduard Hüers